

# Pressemitteilung



Pressestelle

Dienstag, 11. Oktober 2022

**Bitte beachten: Sperrfrist bis Mittwoch, 12. Oktober 2022, 16 Uhr**

## **Landkreis Tübingen legt Haushaltsplanentwurf für 2023 vor: Planbarkeit schwierig bis unmöglich - massive Kostensteigerungen insbesondere im Sozialbereich – Kreisumlage erhöht sich deutlich**

Am Mittwoch, 12. Oktober 2022 stellte die Landkreisverwaltung den Haushaltsplan für das Jahr 2023 vor und brachte ihn zur Beratung in den Kreistag ein. Die Kreisrätinnen und Kreisräte haben nun in den kommenden Wochen Zeit, sich detailliert mit dem Zahlenwerk auseinanderzusetzen und Änderungsanträge einzubringen. Die planmäßige Verabschiedung des Kreishaushalts ist für Mittwoch, 14. Dezember 2022 vorgesehen.

„Eine Planbarkeit ist schwieriger denn je“, schickte Landrat Joachim Walter in seiner Haushaltsrede vorweg. Kommunen und Landkreise als für die tägliche Daseinsvorsorge Verantwortliche müssten die Lasten tragen, die mit den Auswirkungen der weltpolitischen Krisen einher gehen. Diese Auswirkungen auf die Kommunalhaushalte seien jetzt noch kaum absehbar. „Wegbrechende Einnahmen und drastisch steigende Ausgaben werden dazu führen, dass die Belastung der Städte und Gemeinden durch die Kreisumlage stark steigt.

So sei auch der Entwurf des Kreishaushalts 2023 mit „multiplen Risiken“ verbunden, so Walter. Insbesondere der **Sozialbereich** sei von massiven Kostensteigerungen betroffen. Im Bereich der **Jugendhilfe** handele es sich um Kostensteigerungen von netto 5,3 Mio. Euro. Grund für diese Entwicklung seien gestiegene Fallzahlen, vor allem aber die zunehmende Komplexität einzelner Fälle mit der Folge intensiverer Maßnahmen.

Im Bereich der **Eingliederungshilfe** sind vor allem im Zusammenhang mit der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes sogar Steigerungen von 8,2 Mio. Euro zu erwarten. Hierbei hat der Landkreis als Träger der Eingliederungshilfe den Auftrag, Hilfen für Menschen mit Behinderung wirtschaftlich zu gestalten und zugleich eine spürbare Verbesserung für die betroffenen Menschen in Bezug auf eine volle und gleichberechtigte Teilhabe zu erreichen.

Da die Verhandlungen mit den meisten Leistungsanbietern noch nicht abgeschlossen sind, ist eine valide Kostenschätzung für 2023 nicht möglich und daher mit erheblichen Risiken verbunden.

Ebenso unkalkulierbar seien die Ausgaben- und Einnahmenerwartungen im **Flüchtlingsbereich**. „Sorgen bereiten uns neben den Geflüchteten aus der Ukraine auch zunehmend Flüchtlingsströme aus anderen Ländern, die derzeit erheblich zunehmen“, so Landrat Walter. Es werde immer schwieriger, Wohnraum zu finden, so dass Containermodule angemietet werden müssen. Walter betont in diesem Zusammenhang einmal mehr seine Forderung gegenüber dem Bund, den sogenannten „Rechtskreiswechsel“ bei Geflüchteten aus der Ukraine zurückzunehmen: „Wenn Menschen auf Grund höherer Sozialleistungen zu uns kommen, obwohl sie bereits in einem anderen europäischen Land Schutz gefunden haben, dann entsteht eine Schieflage bei der europäischen Flüchtlingsverteilung.“ Er betont, dass es ihm nicht darum gehe, schutzbedürftigen Menschen keinen Schutz zu geben. Der Bund müsse allerdings den richtigen Rahmen setzen, um sogenannte Pull-Effekte zu vermeiden. Zudem rechne er mit dem beginnenden Winter damit, dass viele Menschen aus der Ukraine zu uns kommen. Dafür brauche es noch Kapazitäten.

Diese und weitere Auswirkungen weltpolitischer Entwicklungen tragen dazu bei, dass der Kreishaushalt 2023 für den Haushaltsausgleich ein **Kreisumlageaufkommen** von 116.987.000 Euro vorsieht – eine Steigerung um über 18,5 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr. Der Hebesatz für 2023 steigt dabei um 4,11 Prozentpunkte auf 29,68 Prozent.

Im **investiven Bereich** stehen weiterhin die beiden Neubauvorhaben Campusgebäude im Berufsschulzentrum in Tübingen und Erweiterungsbau an der Beruflichen Schule Rottenburg im Vordergrund. Hierfür sind im Finanzhaushalt 14 Mio. Euro eingeplant. Diese Investitionen sind Ausdruck dafür, dass das Thema Bildung für den Landkreis Tübingen vor allem im Zusammenhang mit dem bestehenden Fachkräftenachwuchsmangel eines der zentralen Zukunftsthemen darstellt. Insgesamt nimmt der Kreis in den kommenden Jahren allein für Baumaßnahmen an diesen beiden Schulen über 40 Mio. Euro in die Hand.

Für die **Regionalstadtbahn** sind im Zusammenhang mit der Oberen Neckarbahn weitere Planungsmittel sowie Mittel zur Beauftragung von Gutachten vorgesehen.

Eine Verpflichtungsermächtigung von 3,7 Mio. Euro stellt eine zügige Weiterplanung sicher. Als Verpflichtungsermächtigung bezeichnet man eine im Haushaltsplan veranschlagte Ermächtigung, die es der Verwaltung ermöglicht, Verpflichtungen für die Tätigung von Investitionen oder zur Förderung von Investitionsmaßnahmen einzugehen, die erst in späteren Haushaltsjahren zu Ausgaben bzw. Auszahlungen führen.

Für **Straßenbaumaßnahmen**, im Bereich ÖPNV und für den Bau von Radwegen sind im Kreishaushalt insgesamt 4,2 Mio. Euro an Investitionen eingeplant.

Die **Personalaufwendungen** steigen um rund 5,3 Mio. Euro auf 53,4 Mio. Euro an. Dies basiert im Wesentlichen auf Tarifsteigerungen und neuen Stellen, von denen die Kreisverwaltung für 2023 insgesamt 14,3 beantragt. 7,3 dieser Stellen sind ganz oder teilweise gegenfinanziert. 9,5 der beantragten Stellen stehen im direkten Zusammenhang mit der aktuellen Fluchtlingsituation, von der verschiedene Leistungsbereiche der Kreisverwaltung betroffen sind. Noch nicht absehbar und deshalb auch nicht eingepreist sind die weiteren Entwicklungen im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die anstehende Wohngeldreform, die bei einer geschätzten Verdreifachung des Kreises der Anspruchsberechtigten zu weiterem Personalbedarf führen wird.

### **Kennzeichen des Haushalts 2023**

Das Volumen des Gesamthaushalts 2023 – der so genannte Ergebnishaushalt – weist einen Gesamtumfang von rund 308,6 Mio. Euro auf. Im Finanzhaushalt sind 19,7 Mio. Euro für Investitionen und 2,8 Mio. Euro für Kredittilgungen eingeplant. Der Ergebnishaushalt steigt damit gegenüber dem Vorjahr um 31,5 Mio. Euro an.

Bei den Schlüsselzuweisungen ergibt sich mit 40,9 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr (39,7 Mio. Euro) eine leichte Einnahmensteigerung von 1,1 Mio. Euro.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Situation appelliert Landrat Joachim Walter in diesem Jahr ganz besonders an die Mitglieder des Kreistags, „dass wir einen Haushalt verabschieden, der nur absolut notwendige Ausgaben beinhaltet und von einer breiten Basis mitgetragen wird.“ Klare und eindeutige politischen Signale seien auf Bundes- und auch Landesebene oft Mangelware. „Deshalb müssen wir an der Basis geschlossen handeln.“